

DIE LINKE – PARTEI Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Herrn  
Oberbürgermeister  
Markus Zwick  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845  
Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)  
Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

## **Antrag zur Stadtratssitzung am 28. März 2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

16. März 2022

die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 28. März 2022 zu setzen.

### **Sofortmaßnahmen gegen Energiearmut**

Der Stadtrat beschließt die Gründung eines Härtefallfonds zur Abfederung besonderer sozialer Härten durch extrem steigende Energiepreise. Der Fonds soll mit einem Volumen von 50.000 Euro pro Jahr ausgestattet werden, das aus dem Haushalt der Stadt, den Stadtwerken Pirmasens und Spenden finanziert werden soll. Die Rheinbergerstiftung soll um einen finanziellen Beitrag gebeten werden. Auf Antrag sollen bedürftige Ein- und Zweipersonenhaushalte bis zu 50 Euro und Familienhaushalte bis zu 100 Euro monatlich als zweckgebundenen Zuschuss für einen Teilausgleich der anfallenden Energiekosten erhalten.

Antragsberechtigt sind Sozialleistungsbezieherinnen und –bezieher (für Haushaltsenergie außer Heizkosten, die im Leistungsbezug übernommen werden) sowie Geringverdiener, prekär Beschäftigte und Menschen in besonderen Notlagen, die einen vorliegenden Härtefall glaubhaft dokumentieren können. Personen, die ihren Lebensunterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten und nur wegen der Heizkostenabrechnung in eine finanzielle Schieflage geraten, sind im Sinne der Subsidiarität zunächst in den Leistungsbereichen des SGB II und SGB XII antragsberechtigt.

Die dafür notwendigen Härtefallkriterien und Antragsmodalitäten sind von der Verwaltung zu erstellen und dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen. Ziel ist ein unbürokratischer und schneller Energiekostenzuschuss, der ab dem zweiten Halbjahr 2022 zur Auszahlung gebracht werden kann.

## **Begründung:**

Die Energiepreise steigen seit Jahren kontinuierlich an und werden sich im laufenden Jahr, nicht zuletzt auf Grund des Ukraine-Krieges und der angespannten weltpolitischen Lage, weiter drastisch erhöhen. Die Stadt Pirmasens mit überdurchschnittlich vielen Menschen in prekären Lebenslagen, ist davon außerordentlich stark betroffen und die bisher entwickelten Gegenmaßnahmen der Bundesregierung zur Abfederung sozialer Härten durch steigende Energiepreis völlig unzureichend. In Pirmasens droht eine akute Energiearmut, die weit über das bisher bekannte Maß hinausgehen dürfte. Eine erste Zuspitzung der finanziellen Lage ärmerer Haushalt ist mit Beginn bzw. zum Ende des zweiten Halbjahrs zu erwarten, wenn die gestiegenen Energiepreise in den Abrechnungen der Energieversorger zum ersten Mal voll durchschlagen.

Neben Sozialleistungsbezieherinnen und –beziehern und Geringverdiennern gehören zu den Härtefallgruppen sicherlich Familien mit minderjährigen Kindern, chronisch Kranke, alte Menschen mit geringer Rente und sonstige Personen, die sich in einer besonderen Notlage befinden. Diese Gruppen und ihre Bedürfnisse sind bei der Erstellung der Härtefallkriterien besonders zu berücksichtigen.

Der Härtefallfonds sollte zunächst für den Zeitraum ab 1. Juli 2022 bis Ende 2023 anvisiert werden und gegebenenfalls verlängert werden. Im Sinne der Gleichbehandlung muss der Sockelbetrag aufgestockt werden können, um alle tatsächlich Anspruchsberechtigten berücksichtigen zu können. Eine Abschätzung potenziell Anspruchsberechtigter sollte deshalb zeitnah mit der Erstellung der Härtefallkriterien erfolgen.

In der praktischen Ausführung der Härtefallregelung wird es sich vorwiegend um Zuschüsse für Stromkosten handeln, da Heizkosten im Sozialleistungsbezug übernommen werden, sofern sie angemessen sind. Aufgrund der unkalkulierbaren Lage auf den Öl- und Gasmärkten sollten aber auch kommunale Heizkostenzuschüsse nicht von vorneherein komplett ausgeschlossen werden. Hier bleibt die tatsächliche Preisentwicklung abzuwarten und Härtefallregelungen und Antragsmodalitäten flexibel zu gestalten.

Uns ist bewusst, dass weder die angespannte Haushaltssituation der Stadt Pirmasens, noch das ebenso schwierige Geschäftsumfeld der Stadtwerke Pirmasens große finanzielle Sprünge erlauben. Wenn Solidarität mit den armen Menschen dieser Stadt, denen auf Grund der aktuellen Entwicklung nun Herbst und Winter in Dunkelheit und Kälte drohen, nicht nur eine politische Phrase sein soll, dann ist der Stadtrat moralisch verpflichtet, bis an die Grenzen seiner Möglichkeiten zu gehen, um drohende Not und drohendes Elend auch mit bescheidenen kommunalen Mitteln wenigstens zu begrenzen. Die Versorgung mit Strom und Wärme ist für alle Menschen existenziell, nicht für die, die es sich leisten können.

Und selbstverständlich sollte der Härtefallfonds durch eine Spendenkampagne begleitet und die Rheinbergstiftung sowie andere in Frage kommenden Institutionen um Unterstützung gebeten werden. Nicht zuletzt sollte diese soziale Maßnahme mit verstärkten Beratungsangeboten für Energiesparmaßnahmen verknüpft werden, um

auch auf diesem Weg Energiekosten zu senken. Schuldner- und Insolvenzberatungen können zum Gelingen des Projekts beitragen.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI:

Frank Eschrich, Vorsitzender

Brigitte Freihold, Florian Kircher, stellv. Vorsitzende